

HANNO BALZ

## »Sympathisanten« als politisches Feindbild

*Während des letzten Jahres ließ sich in der medialen Öffentlichkeit, angesichts einer breiten linken Mobilisierung zum G8-Gipfel, wieder einmal eine breite Front der Abgrenzung von linker Politik feststellen, auch wenn teilweise Verständnis für die Anliegen moderater GipfelstürmerInnen geäußert wurden. Nun jährt sich 2007 auch die Ereignisse, die unter der Chiffre „Deutscher Herbst“ gefasst werden, zum 30. Mal – die Zeitungen waren voll von Rückblicken auf die „Offensive 1977“ der Roten Armee Fraktion.*

### Die nützliche Abrechnung mit der RAF

Nicht ganz zufällig fanden sich die Rückblicke auf den bundesdeutschen „Terrorismus“ und die Berichte über die Anti-G8-Proteste Spalte an Spalte in der Tagespresse wieder. Die letzte Abrechnung mit der RAF verweist dabei vor allem auf die Aktualität einer Bedrohung von links, für welche die ehemaligen Protagonisten der Stadtguerilla noch immer herhalten müssen. Dies zeigte beispielhaft die inszenierte moralische Empörung über das solidarische Grußwort von Christian Klar, das auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz im Februar 2007 verlesen wurde. BILD titelte kurz darauf aus Anlass der Freilassung von Brigitte Mohnhaupt: „Schlimmste Terroristin frei!“<sup>1</sup>, als würde die inzwischen 59-jährige umgehend wieder in den Untergrund abtauchen wollen. Darüber hinaus lassen sich jedoch auch mediale Konstruktionen einer Analogie der inzwischen historischen RAF mit dem „islamistischen Terrorismus“ finden, wie beispielsweise im Falle einer im September festgenommenen Zelle deutscher Islamisten. Nach der Festnahme titelte die Süddeutsche Zeitung: „Viel Ähnlichkeiten mit den Terroristen der RAF“.<sup>2</sup>

Auf der ideologischen Ebene wurden in bundesdeutschen Medienkommentaren immer wieder Analogien

zwischen der, inzwischen historischen, Bedrohung durch die RAF und einer erstarkten linksradikalen Bewegung, die auch militante Aktionsformen nicht ausschließt, gezogen. So mochte es kaum verwundern, dass auch alte Begrifflichkeiten in ihrer Funktion als negative Zuschreibung eine Renaissance erlebten. Am deutlichsten wird dies im Wiederaufleben des „Sympathisanten“-Begriffs, der in der bundesdeutschen Auseinandersetzung mit dem „Terrorismus“ in den 70er Jahren eine unrühmliche Prominenz erreichte.

### Feindbegriff „Sympathisant“

Der Begriff des oder der „Sympathisanten“ ist als politische Kategorie oder als Feind-Zuschreibung in den öffentlichen Debatten vor 1970 nur am Rande zu finden. Die Bedeutungsverschiebung des ursprünglich positiv besetzten Begriffes (Sympathie = griech. „Mitempfinden“) zu einer Zuschreibung gesellschaftlichen Ausschlusses ist hier tatsächlich auf den Beginn der 70er Jahre zu verorten: Taucht ‚Sympathisant‘, in einer eher neutralen Bedeutung, erstmals überhaupt 1970 im Duden auf, so wird er ebendort bereits 1974 umrissen mit „jmd. der einer (extremen) politischen od. gesellschaftlichen Gruppe od. Anschauung wohlwollend gegenübersteht und sie unterstützt.“<sup>3</sup>

Die abwertende Bedeutung des Begriffes, wie sie im Duden zumindest vorübergehend festgelegt wurde, ist Ausdruck der Entwicklung des „Sympathisanten“-Begriffes, der in den 70er Jahren eine wirkungsmächtige Dimension von hohem ideologischen Gehalt aufwies, wie sie sich in späteren Auseinandersetzungen nicht mehr finden lässt – der Begriff des „Sympathisanten“, so schien es lange Zeit, hat sich zu einem großen Teil mit der RAF aufgelöst. Vor allem aber entstammt

1 „Schlimmste Terroristin frei!“, BILD, 26.3.2007, S. 1.

2 Leyendecker, Hans: „Viel Ähnlichkeit mit den Terroristen der RAF“, Süddeutsche Zeitung, 8./9. 9. 2007, S. 5.

3 Müller, Wolfgang u.a.: „Duden Fremdwörterbuch“, 3. Auflage., Mannheim/Wien/Zürich, 1974, S. 706. In der Dudenausgabe von 1986 heißt es wiederum nur noch: „jemand, der einer Gruppe oder Weltanschauung wohlwollend gegenübersteht.“

der Begriff eher einer konservativen Gedankenrichtung, die auch im politischen Kontext von einer „Idee“ spricht, welcher Sympathie entgegengebracht wird, was letztlich nur ein Ausdruck passiven Einverständnisses ist. Auf Seiten der Linken dagegen ist der Bezug zu einer politischen Bewegung seit dem 19. Jahrhundert mit dem Begriff der „Solidarität“, also mit einem Bekenntnis auch zu einem aktiven Eingreifen, gekennzeichnet.

Im „Sympathisanten“-Diskurs der 70er Jahre haben wir es mit einer ideologischen Frontenbildung *mitten durch die Gesellschaft* zu tun, deren Ausdruck schließlich auch die Einführung von Gesetzen war, die schon bestimmte Äußerungen und damit ‚Gesinnungen‘ kriminalisierten. Dies verdeutlichte, dass hier das gesellschaftliche Innen, die bundesdeutsche Gesellschaft, von einem inneren Feind bedroht ist. Im Gegensatz zum offen zutage tretenden „Terrorismus“ ist die Bedrohung durch die kaum greifbaren „Sympathisanten“ zwar indirekter, dennoch, so wurde immer wieder von Medien und Politik betont, am Ende sogar gefährlicher für Staat und Gesellschaft. Denn in der diskursiven Zuschreibung lassen sich die „Sympathisanten“ im Vergleich zum inneren Feind des „Terroristen“ noch weiter im Inneren der Gesellschaft verorten: Befinden sich die „Terroristen“ durch die Illegalität und die Grenzüberschreitung der direkten Gewaltanwendung bereits außerhalb gesellschaftlicher Akzeptanz, überhaupt einer Sichtbarkeit als Untergetauchte, so ist der ideologische Status des „Sympathisanten“ noch wenig geklärt. Stärker als die Illegalen ist erst der ‚Sympathisant‘ wirklich sprachlich erzeugt, was sich gerade auch darin ausdrückt, dass sein (sprachliches) Handeln strafrechtlich, zumindest zunächst, nicht zu sanktionieren wäre.

## Vom „Sympathisanten“ zum „Helfershelfer“

Sind die ‚Sympathisanten‘ zwar zunächst keine eigenständige Bedrohung für das gesellschaftliche Kollektiv, so werden sie doch als ‚Helfershelfer‘ der bedrohenden Gewalt interpretiert. Darüber hinaus entwickelten sie sich zunächst in den konservativen Medien, später dann im ‚Deutschen Herbst‘ auch aus liberaler Sicht, zu einem wesentlichen strukturellen Element des „Terrorismus“. So zielte vor allem der konservative Diskurs darauf ab, die „Sympathisanten“ nicht nur als „Rädchen in der Maschine“ erscheinen zu lassen, sondern mehr noch als Faktor, der den „Terrorismus“ erst am Leben erhält. Darüber hinaus ging beispielsweise BILD so weit, die RAF-Mitglieder als von den „Sympathisanten“ angetrieben, bisweilen fast schon genötigt darzustellen: *„Andreas [Baader, H.B.] wird schwarz auf weiß bewiesen können, daß ihm in den entscheidenden Stunden sei-*

*ner ‚Karriere‘ jede Einsicht in das Unrechtmäßige seiner späteren Taten schwer gemacht wurde. Von wem? Von einer breiten Sympathiewelle der linken Schickleria in der Bundesrepublik.“*<sup>4</sup>

## Personen statt Politik

Zunächst ist der „Sympathisanten“-Begriff eng verbunden mit der medialen Strategie der Personalisierung: „Weil der Begriff *nichts* über den so Bezeichneten aussagt, ist mit ihm *alles* über die Person gesagt. Die Sympathisanten-Definition wird zum ‚übergeordneten Status‘, der einerseits eine negative Identität zuschreibt, andererseits den Träger dieser Identität außerhalb der legitimen Statushierarchie ansiedelt.“<sup>5</sup>

Der ‚Sympathisant‘ vereint so im Diskurs die ihm zugeschriebenen Eigenschaften mit seiner symbolischen Identität. Wichtig für den Erfolg von Personalisierungen in den Medien ist die Kopplung an prominente Personen. Ihre Prominenz erst lässt sie als geeignete Träger der zugeschriebenen gesellschaftlichen Verhältnisse und Probleme erscheinen. Gerade die Kontakte von Ulrike Meinhof zu linken Intellektuellen und ihr nach wie vor hohes Ansehen unter ihnen ermöglichten den Illegalen, auf eine Reihe von Helfern, die Wohnungen, Autos und Ausweispapiere zur Verfügung stellten, zurückgreifen zu können. Die Motivation für eine Unterstützung bei denen, die nicht unbedingt hinter der Praxis eines bewaffneten Kampfes stehen wollten, mag unterschiedlich gewesen sein: Der zwischenmenschliche Kredit alter (politischer) Freundschaften, ein schlechtes Gewissen, inzwischen ‚arriviert‘ zu sein und doch etwas ‚machen zu müssen‘ und eine Projektion der eigenen, nicht gelebten, Radikalität auf eine Gruppe vermeintlich Radikalerer.

Vor allem einige frühe Aussteiger aus der RAF berichteten von (angeblichen) Helfern und nannten vor Gericht und in den Medien Namen, so dass BILD titelte: „Pfarrer und ein Professor halfen der Meinhof-Bande“<sup>6</sup>. Vor allem der linke Hannoveraner Soziologie-Professor Peter Brückner geriet ins Zentrum der Verdächtigung und Verfolgung, da sich Ulrike Meinhof

4 „Während Baader weinte und fluchte, strickte die Ensslin Pull-over“, in: BILD, 7.06.1972, S. 3. Hierzu sei allerdings auch angemerkt, dass sich im Verlauf der Eskalation bis zum ‚Deutschen Herbst‘ 1977 auch die liberalen Printmedien wie Die Zeit, die Frankfurter Rundschau und die Süddeutsche Zeitung an den Ausgrenzungsbemühungen immer stärker beteiligten und auch hier spätestens 1977 die „Sympathisanten“ als wesentliches Problem des „Terrorismus“ gesehen wurden.

5 Treiber, Hubert: „Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Terrorismus: Die Inszenierung ‚symbolischer Kreuzzüge‘ zur Darstellung von Bedrohungen der normativen Ordnung von Gesellschaft und Staat“, in: Sack, Fritz/Steinert, Heinz (Hg.): „Protest und Reaktion“ (Band 4/2 der „Analysen zum Terrorismus“), Opladen, 1984, S. 320-363, S. 325.

6 „Pfarrer und ein Professor halfen der Meinhof-Bande“, in: BILD, 19.1.1972, S. 1.

in seinem Ferienhaus aufgehalten haben soll. Schließlich wurde er vom niedersächsischen Bildungsminister vom Dienst suspendiert.

## Die Kontaktschuld der Intellektuellen

Der gesellschaftliche Aufschrei war auch deshalb so schrill, da offenbar, wie es die Medien immer wieder in dieser Frühphase der RAF betonten, die Stadtguerilla „die meisten Sympathisanten und Helfer vor allem in der gutbürgerlichen Gesellschaft“ finden würde.<sup>7</sup> Das kritisierte Verhalten der „Helfer“ ist Folge der hier implizit vermuteten moralischen *Kontaktschuld*, die sich aus der „Sympathie“ ergibt: „Ulrike Meinhof duzte Peter Brückner“, war für die WELT schon eine Titelzeile wert.<sup>8</sup> In irgendeiner Art von Kontakt gewesen zu sein, reichte demnach für eine moralische Verurteilung aus, was jedoch darüber hinaus auch strafrechtliche Relevanz haben konnte. In der sich verschärfenden Polarisierung des Konfliktes konnte es daher nur zwei Möglichkeiten eines Verhaltens geben, welche die „Sympathisanten“-Debatte vorgab: Wer Kontakt zu den Illegalen hat, hilft ihnen, wer sie denunziert, hilft dem Staat.<sup>9</sup>

Vor allem aber waren es in den frühen 70er Jahren die „Gesinnungstäter“, die die Gefährlichkeit des „Sympathisanten“ darstellten, allen voran der Schriftsteller Heinrich Böll. Dieser hatte im Januar 1972 im Spiegel in seinem berühmten Essay gefragt: „Will Ulrike Gnade oder freies Geleit?“<sup>10</sup> Böll forderte hier einerseits eine nüchterne Betrachtung der RAF und sprach vom verzweifelten Kampf von „6 gegen 60 Millionen“. Es sollte doch möglich sein, dass Ulrike Meinhof die Chance haben sollte, sich zu stellen, wenn sie es denn wolle und ihr dann ein fairer Prozess gemacht werden, forderte Böll und äußerte seine Angst, dass es auch im Fall der RAF am Ende nur wieder hieß: „Auf der Flucht erschossen“. Auf der anderen Seite wendete sich Böll, als großer Moralist seiner Zeit, in diesem Zusammenhang gegen die Hetzkampagnen der Springer-Presse und fand hier klare Worte, wie sie heute sicherlich kaum noch ein Literat auszusprechen wagen würde: „Das ist nicht mehr kryptofaschistisch, nicht mehr faschistoid, das ist nackter Faschismus, Verhetzung, Lüge, Dreck.“ Immer wieder war für die sich einmischenden Intellektuellen wie Böll die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Wurzeln der Bundesrepublik von zentraler Bedeutung. So war gerade die geringe Bestrafung

und folgende Wiedereingliederung der Nationalsozialisten für ihn die Folie seiner Kritik an der staatlichen Verfolgung der RAF: „Ulrike Meinhof muß damit rechnen, sich einer totalen Gnadenlosigkeit ausgeliefert zu sehen. Baldur von Schirach hat nicht so lange gesessen, wie Ulrike Meinhof sitzen mußte.“ Einen ähnlichen Bezug stellte 1977 auch Erich Fried in seinem berühmten Gedicht „Die Anfrage“ her, wenn er aus Anlass des Stammheimer Urteils fragt: „Aber Anfrage an die Justiz / betreffend die Länge der Strafen: / Wie viel Tausend Juden / muss ein Nazi ermordet haben / um heute verurteilt zu werden / zu so langer Haft?“<sup>11</sup> Wie weit die Ausschlussbemühungen im Falle der „Sympathisanten“ reichten, zeigt der Fall einer Bremer Lehrerin, die in ihrem Unterricht Frieds Gedicht diskutieren ließ und daraufhin vom Schuldienst suspendiert wurde. In einer anschließenden parlamentarischen Bürgerschaftsdebatte gab der heutige Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) von sich, solche Bücher wie die von Fried wolle er „lieber verbrannt sehen“.<sup>12</sup>

Heinrich Böll blieb, auch durch seine späteren Einmischungen und durch seinen Roman „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“, noch bis 1977 die zentrale Figur des „Sympathisanten“, der, so hieß es immer wieder, letztlich die eigentliche Gefahr für die gesellschaftliche Ordnung darstellte. So titelte die Illustrierte Quick: „Die Bölls sind gefährlicher als Baader-Meinhof“.<sup>13</sup>

## Die Begriffsgrenzen werden ausgeweitet

Schon bald waren im Falle der „Sympathisanten“ Stigmata und Diskursrahmen gesetzt, — der Kampfbegriff ist Allgemeingut. Auch die kritische Stimme musste sich nun an dem durchgesetzten „Sympathisanten“-Begriff orientieren. Ihn komplett in Frage zu stellen, war nahezu unmöglich geworden. Eine Folge hiervon war, dass die Stimme der Kritik nicht mehr ernst genommen werden musste, die Antwort auf kritische Stimmen war nun oft die Verächtlichmachung bis hin zur Preisgabe an die Lächerlichkeit. Im Fall der Schriftstellerin Luise Rinser, die sich nach der Verhaftung von Baader, Ensslin und Meinhof kritisch über die Haftbedingungen äußerte, brauchte BILD nicht viele Worte: „Die Vorstellungen einer erwachsenen Frau wie Luise Rinser sind ein erschütterndes Beispiel für die Geistes-

7 „Ruhland nennt vor Gericht Helfer der Baader/Meinhof-Bande“, Die WELT, 20.1.1972, S. 1.

8 Die WELT, 20.1.1972, S. 1.

9 Dies gilt zunächst für den massenmedialen Diskurs. In der Linken zeigten sich durchaus Parallelen, wenn zum Beispiel Stimmen laut wurden, die sich gegen eine Unterstützung der RAF-Mitglieder bis hin zur Denunziation aussprachen, um somit zwar nicht dem Staat zu helfen, als vielmehr einer legalen Linken.

10 Hier und im Folgenden: Böll, Heinrich: „Will Ulrike Gnade oder freies Geleit?“, Der Spiegel, 10.1.1972, S.54-57.

11 [www.erich-fried.de](http://www.erich-fried.de) (25.4. 2007)

12 Köhler, Otto: „Frau Merkels ‚Kärcher‘“, in: Freitag, Nr. 48, 2. 12. 2005.

13 „Die Bölls sind gefährlicher als Baader-Meinhof“, Quick, 2.2.1972, zit. in: Grützbach, Frank (Hg.): „Heinrich Böll: Freies Geleit für Ulrike Meinhof. Ein Artikel und seine Folgen“, Köln, 1972, S. 147.

*verwirrung, die viele der Baader-Meinhof-Sympathisanten befallen hat.*"<sup>14</sup>

Zunehmend zeigte sich der Versuch, die Grenzen zwischen "Sympathisanten", „Unterstützern“ und „Terroristen“ immer undeutlicher werden zu lassen. So wurden erstere beide als „Helfershelfer“ zusammengefasst, egal ob ihr Engagement strafrechtlich von Belang war. Das stand letztlich auch im Widerspruch gegenüber der Forderung nach einer klaren juristischen Einordnung des Phänomens. Der „Unterstützer“ wurde nicht per Definition des Gesetzes geschaffen, sondern vielmehr waren es die vielen Stimmen von rechts, die schließlich auf eine Neu-Definition der Gesetze drangen. Dass sich diese Position immer mehr durchsetzte und letztlich SPD/FDP-Politiker den Gesetzesänderungen zustimmten, ist als Erfolg der konservativen Kampfansage zu werten: Im zweiten großen „Anti-Terror-Paket“, das am 18. August 1976 verabschiedet wurde, wurde mit dem §129a Strafgesetzbuch/StGB auch die „Werbung“ für die neu definierte „terroristische Vereinigung“ strafbar gemacht, wie mit §130a die „Anleitung zu Straftaten“. Ein ebenso reiner Gesinnungsparagraf war der §88a, der die „verfassungsfeindliche Befürwortung von Gewalttaten“ unter Strafe stellte.<sup>15</sup> Immerhin wurden §88a und §130a im Jahr 1981 wieder abgeschafft.

Zunehmend geht es in dieser Auseinandersetzung um einen Kulturkampf, – der Fokus auf das strafrechtlich zu sanktionierende Element des „Terrorismus“ tritt hinter einem sehr viel grundsätzlicheren Kampf zurück. Die „Gesinnung“/ Ideologie wird nun zum eigentlichen Feind erklärt und damit wird deutlicher als an anderer Stelle ausgesprochen, dass eben nicht nur die zwei Dutzend Untergetauchten gemeint sind, sondern in der Auseinandersetzung um den "Terrorismus" die gesamte Linke unter den inquisitorischen Verdacht des „Sympathisantentums“ gerät.

## **Traditionen einer reaktionären Intellektuellenkritik**

Auffallend war die damalige Personalisierung der "Sympathisanten", die in Parallele zur Personalisierung der RAF zu sehen ist. Auch bei der Darstellung des "Terrorismus" stehen die jeweiligen (vermuteten) Personen und ihre Biographien im Vordergrund, während politische Erklärungen immer mehr verschwanden. Zunächst wurde über die Person des "Sympathisanten" die Zugehörigkeit zum gesellschaftlichen Kollektiv verhandelt: „Der begriffliche Kristallisationspunkt des Sympathisanten ermöglicht und strukturiert vor allem

14 „Baader und Ensslin: Schöne Tage in Paris“ (Teil einer Serie mit dem Titel: „Andreas Baader: Verpfuscht in alle Ewigkeit“), BILD, 8.6.1972, S. 8.

15 Vinke, Hermann/Witt, Gabriele: „Die Anti-Terror-Debatten im Parlament. Protokolle 1974-1978“, Reinbek, 1978, S. 14.

die ‚Besinnung auf unsere gemeinsamen Grundwerte‘. Die politische Metapher des Sympathisanten übernimmt eine wichtige Funktion bei der Stiftung gemeinsamer Bedeutungen, Wahrnehmungen und Gewissheiten in der Öffentlichkeit.“<sup>16</sup>

In dieser Logik muss der „Sympathisant“ schließlich prominent sein bzw. als Vorzeichen für einen bekannten Sachverhalt zu verstehen sein. Brückner stand dementsprechend exemplarisch für die linken Hochschullehrer, die damals regelmäßige Thematisierungen in den Medien erfuhren, vor allem durch die Debatte um die Berufsverbote. Der Berliner Bischof Kurt Scharf und auch der Theologe Helmut Gollwitzer standen beispielhaft für kirchliche Kreise, die sich inzwischen ebenso einem Grundverdacht ausgesetzt sahen, wie Hochschullehrer und Schriftsteller.

Durch die Prominenz der Fälle lässt sich am besten demonstrieren, was für viele gelten sollte. Die Personen müssen nicht mehr vorgestellt werden, so dass wenige Fälle ausreichen, um ein Gesamtphänomen zu veranschaulichen.

Letztlich haben wir es hier mit Elementen einer tradierten reaktionären Intellektuellenkritik zu tun, die sich verstärkt mit einer Kulturkritik verbindet. So wurde die Kritik an den Intellektuellen „mit einer aus der Tiefe eines unsicheren Zeitempfindens hervorbrechenden Kulturkritik verschmolzen.“<sup>17</sup>

Hierin liegt auch eine Enttäuschung über die Prominenten begründet, die ihre ansonsten zugesprochene Rolle als gesellschaftliche Integrationsfigur nicht mehr ausfüllen. Sie machen sich eines Vertrauensbruchs schuldig, was den Vorwurf beinhaltet, die Öffentlichkeit habe sie doch erst ‚groß‘ gemacht, ihnen die herausragende Position im Diskurs verschafft, die sie jetzt gegen die propagierten „Interessen der Allgemeinheit“ ausnutzen würden. Der Prominente/Intellektuelle sei als „Sympathisant“ konstitutiv am Entstehen des "Terrorismus" beteiligt gewesen, dabei aber gesamtgesellschaftlich immer nur eine Minderheit. Dabei sei gerade der Intellektuelle, immer wieder auch verächtlich gemacht als weltfremder „Dichter“, in umso größerer Schuld gegenüber der Gesellschaft, weil diese ihm erst die Privilegien eines guten Einkommens und der körperlosen Arbeit ermöglichte. Zudem gilt er im politischen Diskurs als kompetenzlos, da er keine direkten Erfahrungen mitbringe und letztlich auch nicht in die Verantwortung für die Folgen seiner Forderungen gezogen werden kann – genau dies sollte sich mit dem "Sympathisanten"-Vorwurf ändern. Die den Intellektuellen gesellschaftlich zugewiesene Rolle der Kritik wurde dabei zunehmend in Frage gestellt und deren diskursives Gewicht zu verringern gesucht, oder, wie es Treiber

16 Treiber, S. 329.

17 Korte, Karl-Rudolf: „Der Standort der Deutschen“, Köln, 1990, S. 53.

zusammenfasst: „Was Intellektuelle treiben, ist ‚Kritik als Beruf‘, deren Erfolg auf die ‚Störung‘ der ‚Normalität‘ ausgerichtet ist.“<sup>18</sup> In Zeiten der Krise wurde der Status der Intellektuellen schließlich grundlegend hinterfragt, es bleibt der Eindruck, die Gesellschaft ‚leiste‘ sich die Stimmen der Kritik lediglich aus Wohlwollen. Und so beinhaltete die Auseinandersetzung über die „Sympathisanten“ immer auch die Drohung, sich diesen Stimmen zu verschließen.

## „Anschläge mit Tinte“

Bald schien die Grenze zwischen „Terroristen“ und „Unterstützern“ (bzw., wie es damals im Feuilleton auch hieß: zwischen „Armee“ und „Reserveheer“) nicht mehr auszumachen, wobei ebenso wenig zwischen der Art einer angeblichen Unterstützung unterschieden wurde. Franz Josef Strauß versuchte sich sogar in einer expliziten Gleichsetzung, als er betonte: *„Mit Tinte sind genauso viele Verbrechen und vom Katheder genauso viele Anschläge begangen worden wie später auf der Straße.“*<sup>19</sup> In diesem Punkt unterschied sich Strauß' Aussage wenig von der Willy Brandts, der ebenso die Verantwortung für den „Terrorismus“ bei den „Sympathisanten“ suchte: Diese seien *„für die Tat ebenso verantwortlich wie für Ponto-Mord und Buback-Mord, ‚vielleicht in einem unvergleichlich höherem Maße‘ als die Täter, ‚jene Fanatiker, die den Abzugshebel der Maschinenpistolen bedienen‘(...) Sie bilden die ermunternde Kulisse, vor der die Mörder als Helden agieren können.“*<sup>20</sup>

Nachdem die Einwände kritischer Intellektueller weitestgehend ins ideologische Abseits verwiesen wurden, weitete sich Mitte der 70er Jahre das Bild der „Sympathisanten“ noch aus: Auslöser war die Gründung von „Anti-Folter Komitees“<sup>21</sup> in verschiedenen bundesdeutschen Städten und eine gestiegene Aktivität von Unterstützerguppen während des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen im Herbst 1974.

War die Nähe zwischen „Terroristen“ und „Sympathisanten“ zuvor im Zusammenspiel von gleicher bürgerlicher Herkunft und revolutionärer Ideologie begründet, so ist nun auch die Bereitschaft zur *Aktion* ein verbindendes Glied, das die „Sympathisanten“ synonym zu „Unterstützern“ setzt. Dabei vollzog sich die Gleichsetzung eines großen Teils der linken Szene mit diesen „Unterstützern“, vor allem im Bezug auf die K-Gruppen, also die dogma-

tischen, meist maoistisch geprägten Parteien/Organisationen wie der „Kommunistische Bund Westdeutschland“, die KPD/Marxisten-Leninisten oder die KPD/Aufbauorganisation, studentischen Organisationen und ‚Anti-Folter Komitees‘. Beides wurde als „Rekrutierungsbecken“ einer neuen „Terroristen“-Generation angesehen, wobei letztlich aus den K-Gruppen, anders als behauptet, niemand in die Stadtguerilla gewechselt ist.

An dieser Stelle wurde ein weiterer Schritt vollzogen, die Aufweichung und Ausweitung der Grenzen zwischen „Sympathisant“ und „Terrorist“ voranzutreiben. Der „Sympathisant“ war nun ein Aktiver im Gesamtplan des „Terrorismus“, insgeheim ging sein Handeln über die Teilnahme am Diskurs hinaus.

Auch die sprachlichen Bilder kündeten von einer tradierten Feindschaftserklärung: Vor allem in diesem Kontext findet sich eine Reihe von Natur-Metaphern in ihrer Funktion als Kollektivsymbole. Da ging es um den „Sympathisanten-Sumpf“, den Horst Herold „trockenlegen“ sollte,<sup>22</sup> den „Nährboden“ (dazu passend: die aufgehende „Saat“), die „Nische“ (im „Dickicht“ der Großstadt), aber auch um Krankheitsbegriffe wie „Metastasen“ oder „Baader-Meinhof-Infekt“.

Das Organische charakterisiert die Bedrohung durch die gesichtslose Masse der linken Solidarität, es entmenschlicht und verlagert diese in einen vorzivilisatorischen Zustand. Dabei befindet sich gerade die „Sumpf“-Metapher in Tradition zur faschistischen Rede vom „roten Sumpf“, auch vom „Trockenlegen des bolschewistischen Sumpfes“.<sup>23</sup> Der „Sumpf“ ist eine hinterhältigere Gefahr als die die Masse charakterisierende „Flut“, er zieht auch den Aufrechten langsam zu sich hinab. Dabei ist oft nicht zu erkennen, wo der Sumpf beginnt und wo er aufhört, welche Stellen betretbar sind. Demgegenüber stehen die Bezwingen der Natur, die mittels der Errungenschaften der Moderne den Sumpf „austrocknen“ und „trockenlegen“. Entsprechend sind die Bilder für die Gegenseite der „Sympathisanten“-Metaphern: Der *Polizeiapparat*, die *Fahndungsmaschine*, der *Fahndungscomputer*, der *Betonbunker*...

Auch über diese Sprachschöpfungen hat sich eine Diskurskontrolle durchgesetzt, die Sprechverbote regelte, welche vielfach nicht mehr kritisch hinterfragt wurden. So machte sich jeder, der den Begriff ‚Baader/Meinhof-Gruppe‘ statt ‚Baader/Meinhof-Bande‘ verwendete, von vorneherein verdächtig. Aus dem „Verharmloser“ wurde schnell ein „Sympathisant“. Der sich verselbständigende Vorwurf traf sogar einige Politiker der sozial-liberalen Koalition und vor allem der Jungsozialisten in der SPD. Aber auch das Wort „Knast“, ausgesprochen

<sup>22</sup> „Fahndung: Was gerade läuft“, Der SPIEGEL, Heft 23, 2.6.1975, S. 28-30. Der „Sumpf“ wird hier zum gängigen Bild, auch Ministerpräsident Filbinger spricht vom „austrocknen“ des Sumpfes.

<sup>23</sup> Theweleit, Klaus: „Männerphantasien“ (Band 1), Reinbek, 1980, S. 405.

<sup>18</sup> Treiber, S. 332.

<sup>19</sup> Zit. in: „Jeder fünfte denkt etwa so wie Mescalero“, Der SPIEGEL, Heft 41, 3.10.1977, S. 49-63. Verwiesen sei an dieser Stelle auf die lange Tradition des Sprichworts „The pen is mightier than the sword“ (Edward Bulwer-Lytton), die bis zu Euripides zurück reicht.

<sup>20</sup> „Mord beginnt beim bösen Wort“ (I), Der SPIEGEL, Heft 41, 3.10.1977, S. 28-47

<sup>21</sup> Die „Komitees gegen Folter an der politischen Gefangenen in der BRD“ wurden am 7. April 1973 von den Verteidigern der RAF-Angeklagten ins Leben gerufen.

von einer Gefängnisgeistlichen, machte diese verdächtig und kostete sie den Job.<sup>24</sup>

## „Klammheimliche Freude“

Der Kampfbegriff des „Sympathisanten“ löste sich schließlich vom eigentlich Bezeichneten und entwickelt sich zu einem Label für die Diffamierung des politischen Gegners (von links). In diesem Sinne prägten demonstrative Akte die Debatte, sie waren Teil einer Polarisierungsstrategie und äußerten sich in Vorwürfen, Denunziationen, Distanzierungen und Bekenntnissen. Seine Zuspitzung fand der Diskurs vom gesichtslosen „Sympathisanten“ schließlich in der berühmten „Mescalero“-Affäre. Nachdem Generalbundesanwalt Siegfried Buback von einem Kommando der RAF erschossen wurde, veröffentlichten die „Göttinger Nachrichten“, die Zeitung des AstA der Universität Göttingen, am 25. April 1977 den Kommentar eines anonymen Göttinger Studenten unter dem Pseudonym „ein Göttinger Mescalero“.<sup>25</sup> Der Autor stammte aus dem Umfeld der undogmatisch-spontaneistischen „Stadt-Indianer“ und repräsentierte damit die zunehmende Abwendung der radikalen Linken sowohl von den orthodoxen K-Gruppen als auch vom bewaffneten Kampf. Dieser Artikel mit dem Titel „Buback, ein Nachruf“ sorgte innerhalb kürzester Zeit für politische Aufregung. Bereits am 28. April erstattete der Göttinger RCDS Strafanzeige gegen Unbekannt, was das Interesse der überregionalen Medien hervorrief.

Der dreiseitige Kommentar ist von einer auffälligen Ambivalenz und so am ehesten als Ausdruck der zunehmenden Unsicherheit der Linken in der Frage zu verstehen, inwieweit auf die RAF noch ein Bezug herzustellen war. Hiermit ist „Buback, ein Nachruf“ durchaus als typisches Produkt einer Auseinandersetzung mit der Wechselwirkung von staatlicher Repression und dem zunehmend isolierten bewaffneten Kampf auf Seiten der Linken zu sehen.

Am öftesten zitiert wird später die einleitende Passage der unmittelbaren Reaktion auf das Attentat: „Meine unmittelbare Reaktion, meine ‚Betroffenheit‘ nach dem Abschluß von Buback ist schnell geschildert: ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen. Ich habe diesen Typ oft hetzen hören, ich weiß, daß er bei der Verfolgung, Kriminalisierung, Folterung von Linken eine herausragende Rolle spielte.“<sup>26</sup>

Diese Feststellung ist jedoch lediglich Einstieg zu einer linken Selbstkritik, die auch vor den Emotionen des Autors keinen Halt macht. Im Verlauf des Textes geht es vielmehr um eine Auseinandersetzung mit dem bewaff-

24 „Pfarrer: Nur in Schwarz“, Der SPIEGEL, Heft 43, 20.10.1975, S. 50-52.

25 Brückner, Peter: „Die Mescalero-Affäre. Ein Lehrstück für Aufklärung und politische Kultur“, Hannover, 1981, S. 10.

26 Zit. nach: Ebd., S. 24.

neten Kampf und um eine Positionsbestimmung der Linken unter den Vorzeichen der undogmatischen Bewegung: „Wir alle müssen davon runterkommen, die Unterdrücker des Volkes stellvertretend für das Volk zu hassen, so wie wir allmählich schon davon runter sind, stellvertretend für andere zu handeln oder eine Partei aufzubauen. (...) Unser Weg zum Sozialismus (wegen mir: Anarchie) kann nicht mit Leichen gepflastert werden.“<sup>27</sup>

Die Reaktionen in Politik und Medien überschlugen sich in den folgenden Wochen förmlich, die WELT forderte nicht als einzige: „*Wer Terroristen unterstützt, gehört an keine deutsche Hochschule.*“<sup>28</sup>

Im gleichen Tenor appellierte der damalige Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel an die Allgemeinheit: „*Was jetzt Not tut, ist deshalb (...) die volle moralische Solidarisierung mit allen, die auf diesem Gebiet ihre Pflicht tun (...) die moralische Isolierung aller, die mit Terror und Gewalt noch immer sympathisieren, und sei es auch nur durch ein unterschwelliges Werben um Mitleid oder Verständnis für die Gewalttat.*“<sup>29</sup> Inzwischen hat sich gar der Vergleich der linken Hochschulszene und anderer Aktivisten mit dem Nationalsozialismus etabliert, – so fragt beispielsweise der Spiegel im Zusammenhang mit dem „Mescalero“-Artikel, ob an deutschen Hochschulen Faschismus aufkeime.<sup>30</sup>

Es folgte eine Welle staatlicher Repression: In Göttingen waren fünf Wochen nach Erscheinen des Nachrufes mehrere Hundertschaften der Polizei im Einsatz und durchsuchten die Räume des AstA, einen Buchladen, das Büro des KBW und 17 Privatwohnungen.<sup>31</sup> An vielen Universitätsstandorten wurden überdies Anzeigen gegen die Asten erstattet, welche in irgendeiner Weise an einer Verbreitung des Textes beteiligt gewesen sein sollten.

Zu einem weiteren Aufschrei der Empörung kam es, als eine Gruppe von 48 Hochschullehrern, unter ihnen Peter Brückner, Heide Gerstenberger, Claus Offe und Ulrich K. Preuß, den „Mescalero“-Text als Dokumentation mit einem Kommentar veröffentlichten. Auch hier setzte die staatliche Repression ein, die verbeamteten Intellektuellen hatten gefälligst an der Seite des Staates zu stehen. Der niedersächsische Wissenschafts-Minister Pestel forderte 11 der Unterzeichner auf, sich bis Ende Juli 1977 von dem „Mescalero“-Text offiziell zu distanzieren.<sup>32</sup>

Kurz darauf wurden die niedersächsischen Herausgeber des Nachrufs schließlich zum Unterzeichnen einer Treuerklärung aufgefordert:

27 Ebd., S. 25f.

28 Loewenstern, Enno v.: „Die unheimliche Freude am Mord“, Die WELT, 7.5.1977, S. 6.

29 Vogel, Hans-Joachim: „Ich lasse nicht zu, daß Buback verhöhnt wird!“, BILD, 17.5.1977, S. 2.

30 Hier und im Folgenden: „Gefährliche Sekten Linksextreme Studentenzirkel feiern die Buback-Mörder und predigen Gewalt – keimt an den Hochschulen Faschismus auf?“, Der SPIEGEL, Heft 22, 23.5.1977, S. 44-47.

31 Brückner, S. 12.

32 Brückner, 1981, S. 15.

„Im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Niedersächsischen Landesregierung zur Herausgabe der Dokumentation ‚Buback – ein Nachruf‘ erkläre ich:

Mord oder Entführung oder überhaupt den Einsatz von Gewalt lehne ich in unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat unter jeder Bedingung ab. Deshalb verurteile ich terroristische Handlungen und alle Versuche, diese zu rechtfertigen. Ich bin mir bewußt, daß ich als Beamter eine besondere Treuepflicht gegenüber dem Staat habe. Dieser fordert mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung (...) Ich werde meiner politischen Treuepflicht nachkommen. Diese hat sich insbesondere in Krisenzeiten und in ernsthaften Konfliktsituationen zu bewähren, in denen der Staat darauf angewiesen ist, daß der Beamte Partei für ihn ergreift. Ich distanzieren mich in aller Form von dem Verfasser und dem Inhalt des sog. Buback-Nachrufs.“<sup>33</sup>

Hier sollte ein Exempel gegenüber den als „Sympathisanten“ gebrandmarkten Intellektuellen statuiert werden. Tatsächlich unterschrieben alle bis auf Peter Brückner die peinliche Distanzierung. Brückner wurde daraufhin wieder einmal vom Dienst suspendiert. Schließlich wurden 1981 alle Disziplinarmaßnahmen gegen Brückner aufgehoben, jedoch starb dieser wenig später.

## Staatliche Sprechverbote

Die ideologische Mobilmachung eines Staates in der Krise lässt sich kaum besser veranschaulichen als mit diesem Dokument. In der staatlichen Praxis des Sprechverbots materialisieren sich die Ausgrenzungsbemühungen der „Sympathisanten“-Debatte wie folgt:

- 1) Der Intellektuelle scheue sich, den „Terrorismus“ zu verurteilen und schaffe durch seine Stimme in der Öffentlichkeit eine Grundvoraussetzung dafür, dass sich auch die Justiz schwer damit tut, zu verurteilen.
- 2) Als Staatsdiener ließe er Treue vermissen, – wer vom Staat bezahlt wird, muss diesem gegenüber auch (ideologische) Gegenleistungen bringen. Ähnlich wie bei den prominenten „Sympathisanten“ gilt der Vorwurf des Vertrauensbruchs. Wie bei den Schriftstellern und Künstlern der Vorwurf lautet, dass die Öffentlichkeit sie doch erst ‚groß‘ gemacht habe, ist es hier der Staat, der den Angegriffenen erst die herausgehobene Position qua Amt ermöglicht habe, von der aus sie jetzt gegen die propagierten „Interessen der Allgemeinheit“ argumentieren würden.
- 3) In der Umkehrung findet sich hier das implizite Bild vom verschlagenen, falschen, doch eloquenten „Sympathisanten“ wieder. Dies zeigt sich im Kontrast zu dessen politischen Aussagen aus einer „kühlen, innerlich distanzierten Haltung“ heraus.

<sup>33</sup> Zit. in: Raddatz, Fritz J.: „Staatstreue und Untertanengeist“, in: Duve, Freimut/Böll, Heinrich/Staeck, Klaus (Hg.): „Briefe zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheit“, Reinbek, 1978, S. 57-71, S. 63f.

Ein sich der kritischen Aufklärung verschriebenes Bildungsbürgertum fand sich im Laufe des „Terrorismus“-Diskurses nun zunehmend an den Rand gedrängt und musste einsehen, dass in Zeiten der Krise die propagierte, normative Bürgerlichkeit nur als Loyalitätserklärung an die Politik der „Inneren Sicherheit“ verstanden werden sollte. Die Auseinandersetzungen während des ‚Deutschen Herbstes‘ zeigten wie kaum eine andere Phase in der Geschichte der Bundesrepublik die Flüchtigkeit des gesellschaftlichen Stellenwertes eines aufgeklärten Bürgertums. Hat der sich als Bürger begreifende Deutsche im Zweifelsfall an der Seite des Staates zu stehen, welcher ihm den Status des liberalen Kritikers jeweils nur auf Abruf gewährt?

## Nach 1977

Trotz alledem ließ sich nach dem Oktober 1977 in Ansätzen eine gewisse Nüchternheit im Bezug auf die „Sympathisanten“-Verfolgung ausmachen. So meldete sich ausgerechnet der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Günther Nollau zu Wort und drang auf Mäßigung bei der Verwendung des Begriffes.<sup>34</sup> Nach der Eskalation von Mogadishu und Stammheim, und dem Ausbleiben der vielfach beschworenen weiteren Attentate, schienen auch die Frage nach den „Sympathisanten“ keine entscheidende Rolle mehr zu spielen. Dies war jedoch nicht einer besseren Einsicht geschuldet oder gar einer Form von Selbstkritik. Vielmehr wurde jener abwertende Begriff nicht mehr gebraucht. Die Rituale der Abgrenzung und Ausgrenzung waren oft genug vollzogen worden und bedürfen, aufgrund des vorläufigen Endes der Angriffe der RAF, keiner weiteren Belegung mehr. So spielte auch in den späteren Jahren der Auseinandersetzung mit der RAF die Folie der „Sympathisanten“ als Auseinandersetzung mit radikalen und liberalen Stimmen nur noch eine untergeordnete Rolle. Bei der „Sympathisanten“-Frage hatte man es, wie auch im gesamten „Terrorismus“-Diskurs, mit einer Verständigung über Grundwerte zu tun „bei denen es nur ein Entweder-Oder gibt und bei denen deshalb Vorwurf und Ausgliederung sowie demonstratives Distanzieren ineinsfallen“.<sup>35</sup> Vor allem ging es dabei um Positionsbestimmungen im Diskurs und damit in der Gesellschaft. Dabei handelte es sich auf allen Seiten um eine rituelle Darstellung von Politik: „Der ‚richtige‘ Sprachgebrauch macht den Sprecher zum Teilhaber an den bewegenden Entscheidungsprozessen. Der „Sympathisanten“-Begriff ist ein Appell an die Mitglieder der eigenen Gruppen und Beziehungsnetze ebenso wie an die Zuschauer, die im ‚Beklatschen‘ oder Verdammten erfahren, daß Politik etwas ist, was *uns alle* angeht, und in der *wir alle eine wichtige Rolle* spielen.“<sup>36</sup>

<sup>34</sup> Nollau, Günther: „Sympathie allein ist kein Tatbeitrag“, Der SPIEGEL, Heft 43, 17.10.1977, S. 206.

<sup>35</sup> Treiber, S. 337.

Abgrenzungsbemühungen waren für die Selbstvergewisserungstendenz des gesamten "Terrorismus"-Diskurses prägend. Hier ging es um Grenzziehungen und damit auch um gesellschaftliche Ein- und Ausschlüsse. Nicht die drei Dutzend Mitglieder der RAF waren es, die im eigentlichen Sinne ‚gemeint‘ waren – vielmehr bleibt die Erkenntnis, dass der "Terrorismus"-Diskurs nicht in erster Linie die benennt, von denen er spricht.

Das eigentliche Kampfterrain dieses Diskurses war das, was der Innenminister Maihofer als viel zitiertes Programm der „geistigen Auseinandersetzung“<sup>37</sup> mit dem "Terrorismus" vorgegeben hatte – also ein Kampf um die Köpfe.

In einer Ausgrenzung, die hier bald große Teile der Linke mit einbezog und diese vor allem gegeneinander auszuspielen versuchte, lässt sich die Gesellschaftsformierung in einem Kulturkampf zwischen emanzipatorischem Aufbruch und restaurativer Eindämmung besonders deutlich ablesen.

## Und heute?

Man musste 2007 den Eindruck gewinnen, dass die Wiederbeschwörung der historischen Bedrohung durch die RAF in gewisser Weise eine Referenz gesetzt hat, nach altbewährtem Muster auch heute noch eine linke Bewegung zu spalten und Teile von ihr zu kriminalisieren. Vor allem auf konservativer Seite wurden alte Erklärungsmuster und Feindbilder, hier vor allem das der „Sympathisanten“, wieder aus der Schublade geholt. Dies scheint im Fall der konservativen Medien durchaus auch wörtlich zu verstehen zu sein, wenn man sich beispielsweise bei der Lektüre der WELT des Eindrucks nicht erwehren kann, dass hier 2007 von den eigenen Kolumnen aus den 70er Jahren abgeschrieben wurde. So ist von einer „Armee der Klammheimlichen“ die Rede, gemeint sind „jene Zehntausende, die damals als Sympathisanten fasziniert waren von der Idee, sich in Tötungsabsicht für Politik zu interessieren.“<sup>38</sup>

Am Fall des im Sommer 2007 vorübergehend inhaftierten Berliner Stadtsoziologen Andrej H., gegen den wegen §129a („Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“) ermittelt wurde, zeigt sich auch die Renaissance des alten Feindbildes vom Intellektuellen als „Sympathisanten“. Andrej H. soll nach Angaben der Bundesanwaltschaft mit Personen, die der Mitgliedschaft in der „militanten Gruppe“ (mg) verdächtigt werden, an zwei „konspirativen Treffen“ teilgenommen haben. Vor allem aber wird er beschuldigt, Autor einiger Erklärungen zu den Brandanschlägen der „mg“ gewesen zu sein. So verfüge der promovierte Soziologe über

die „intellektuellen Voraussetzungen“, die für das Verfassen der „vergleichsweise anspruchsvollen Texte“ der mg nötig seien. Bestimmte „Schlagwörter und Phrasen“ wie beispielsweise „Gentrification“ und „Prekariisierung“, die in wissenschaftlichen Texten H.s auftauchen, seien auch in den Anschlagserklärungen zu finden. Noch abstruser erscheint das Indiz, der Wissenschaftler könne ja auch ohne Aufsicht wissenschaftliche Bibliotheken für seine Recherche benutzen.

Nun ist es einerseits Tradition der Behörden, Ermittlungen nach §129a vor allem als Einschüchterungsinstrument zu nutzen. So wurde in den 90er Jahren zwar gegen mehr als 1300 Personen wegen „Terrorismusverdachts“ ermittelt, es kam jedoch im gleichen Zeitraum noch nicht einmal zu 40 Verurteilungen nach §129a.<sup>39</sup> Andererseits fügt sich die aufwendige staatliche Repression in ein Gesamtbild der Ausgrenzung einer Linken, deren wichtiger Bestandteil ebenso der denunziatorische „Sympathisanten“-Diskurs darstellt. Demnach steht wieder der Intellektuelle als treibende Kraft hinter den Kriminalisierten, er stellt somit das eigentliche gesellschaftliche Problem dar. Zur Folge hat dies, dass in den 70er Jahren wie auch wieder heute mit der Verständigung über die Rolle der „Sympathisanten“ eine aktive Loyalität dem Staat gegenüber eingefordert wird. Der konservative Sozialphilosoph Günter Rohrmoser war 1977 nicht der Einzige, der in diesem Zusammenhang den „Abfall der Intelligenz von der Gesellschaft“ als Schreckensgemälde zeichnete.<sup>40</sup> Auch 2007 wird wieder deutlich, wie mit dem Gerede über „Terrorismus“ und dessen angebliche, intellektuelle Unterstützer, nicht in erster Linie bestimmte Personen und Strukturen gemeint sind, sondern letztlich die gesamte bundesdeutsche Linke.

*Hanno Balz – Jg. 1971, Historiker und Kulturwissenschaftler an der Universität Bremen. Mailkontakt: hno@uni-bremen.de*

Veröffentlichungen zum Thema:

Kampf um die Grenzen: ‚Terrorismus‘ und die Krise öffentlichen Engagements in der Bundesrepublik der 70er Jahre. In: Knoch, Habbo (Hg.), Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen, 2007, S. 294-310.

Militanz, Blues und Stadtguerilla. In: rotaprint 25 (Hg.): Agit 883. Bewegung, Revolte, Untergrund in Westberlin 1969-1972, Berlin, 2006, S. 127-139.

Der ‚Sympathisanten‘-Diskurs in der Bundesrepublik Deutschland. In: Weinhauer, Klaus/Requate, Jörg (Hg.): RAF und Innere Sicherheit, Frankfurt/Main, 2006, S. 320-350.

Mythos Medien. Die ‚RAF-Ausstellung‘ und ihre Ikonografie der Ablenkung, www.zeitgeschichte-online.de.

36 Ebd.

37 "Dann könnten Terroristen nur zum Nordpol", Der Spiegel, Heft 19, 5.5.1975, S. 27-30.

38 „Armee der Klammheimlichen“, Die Welt, 30.3.2007.

39 „Was ist Terrorismus?“, Zeit-online, Nr. 44/2007, Zugriff: 11.12.2007.

40 Zit. in: Schildt, Axel: „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten!“, in: Archiv für Sozialgeschichte, 2004, S. 449-478, S. 451.